

Rede im Stadtrat vom 22. November 2016

Bezüglich der Abschaltung der schadhafte Reaktoren

Tihange 2 und Doel 3

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrtes Gemeindegremium,

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

In der heutigen Stadtratssitzung führen wir eigentlich eine Diskussion weiter, die wir genau vor mehr als 3 Jahren bereits hier im Stadtrat in Eupen geführt haben.

Wir debattieren in dem Sinne weiter, da dieser damals uniform getragene Text, heute als Basis eines von der CSP vorgeschlagenen Textes Gehör finden soll und wird.

Naja, im Hinblick auf die von der CSP immer zitierten guten Beziehungen zur CD&V wäre auch in diesem Dossier ein wenig fundiertere Vorarbeit eventuell nützlich gewesen... Wir als PFF hätten dieser Übung auf jeden Fall aufgeschlossen gegenüber gestanden, aber wenn selbst die Christlich Soziale Fraktion auf föderaler Ebene die CSP nicht umstimmen kann..... geht es ihr hier sicherlich nicht nur um Nuklearsicherheit, sondern darum zu testen, wie sehr die aktuelle Mehrheit im Eupener Stadtrat dieser „ideologischen Bestandsaufnahme“ standhält. Ein Schelm wer da böses denkt, ein Tölpel, der denkt, dass er sich billigen Mitteln bedienen kann! Schade eigentlich: die CSP hatte mich in den letzten Monaten an ernsthaftere Politik gewöhnt!

Aber nun zum Grunde der besagten Resolution, damit wir Liberalen nicht missverstanden werden:

Die Sicherheit in den beiden Reaktoren sollte und muss überprüft werden – dafür plädieren wir!

Unabhängige, kontradiktorische Inspektionen sollten dafür durchgeführt werden.

Inspektionen, die nicht nur durch Atomaufsichtsbehörden anderer Staaten, sondern auch in Absprache mit diesen, durch unabhängige Experten ausgeführt werden.

Liebe Kollegen,

Sicherheit kennt keine Grenzen – und diese Debatte muss auf EU-Ebene ausgedehnt werden.

Auf europäischer Ebene sollten einheitliche und verbindliche Sicherheitsstandards eingeführt werden. Dafür plädiere ich in meiner Eigenschaft als Föderalabgeordnete auch im Sinne der besagten hier im Stadtrat, wie der bereits verabschiedeten Resolutionen auf allen Ebenen.

Parallel dazu braucht es eine europäische Aufsichtsbehörde für Nuklearsicherheit.

Notfallpläne müssen entwickelt werden, die über die Grenzen hinaus koordiniert werden und unverzüglich im Falle einer Katastrophe angewandt werden.

Auf der anderen Seite, muss jederzeit TRANSPARENT über etwaige Probleme, Pannen, Schäden und Risiken in belgischen Atomkraftwerken kommuniziert werden – dies gilt aber für alle Atommeiler in der EU – sogar WELTWEIT!

Darum begrüßen wir besonders die Initiativen der Stiftung EUREGIO Maas-Rhein, die in den letzten Monaten getroffen worden sind, wie u.a. den Beitritt der DG zur „*Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg*“ und die Unterstützung der unterzeichneten Erklärung für eine *europaweite Energiewende ohne Atomkraft*.

Vor diesem Hintergrund, sollte man aber auch nicht außer Acht lassen, dass an der Sicherheit der belgischen Atommeiler aber auch weiterhin gearbeitet wird:

Wir nennen da nur folgenden Punkt:

- Neue Erdbebennormen – aus dem Jahre 2014 stammend - müssen umgesetzt werden – und dies bis 2017!

Meine lieben Kollegen Stadtverordneten,

Der Punkt Energiepolitik wurde mehrmals angeschnitten!

Unter dem Begriff „Energiepolitik“ fasst man alle politischen Prozesse zusammen, mit denen die Bereitstellung, Umwandlung, Verteilung und Verwendung von Energie geregelt wird.

Dabei gibt es außerordentlich viele Berührungspunkte mit anderen **Politikfeldern**, zum Beispiel der **Umwelt- und der Außenpolitik**.

Im REK 2 sowie im Energieleitbild 2025, geht die deutschsprachige Gemeinschaft auf das ein, was **sie selbst** versuchen kann zu ändern oder zu verbessern.

Wir, die Deutschsprachige Gemeinschaft möchten uns als Lebensstandort, aber auch als Wirtschaftsstandort definieren.

Beschäftigungspolitik – soeben übertragen worden – geht einher mit starken Betrieben, die sich hier niedergelassen haben oder noch werden.

Daher gilt als einer der wichtigsten Kriterien, die Unternehmer immer wieder nennen, wenn sie eine Standortsuche definieren, neben den verfügbaren Arbeitskräften ebenfalls die Energiesicherheit.

Diese sollte gewährleistet sein.

Wie wichtig die Energieversorgung für unsere Betriebe ist, möchte ich anhand von einigen Zahlen untermauern:

Quelle ist der Bericht der „*Fédération Belge des Entreprises électriques et Gazières Asbl*“ aus dem Jahre 2014 !

Von denen in 2014 verbrauchten 79.99 TWh (TERAWATTSTUNDEN) (übrigens weniger als 2013), fielen alleine 61.32 TWh (also 76.6%) an die Industrie, Dienstleister, Landwirtschaft und Transport.

Die restlichen 23.4% (also weniger als ¼) wurden privat genutzt!

Auf Nuklearstrom, entfielen 47.5% der gesamten Produktion! Im Umkehrschluss heißt dies, dass bereits jetzt mehr als die Hälfte sprich 52,5 % **eben** nicht mehr durch Atommeiler produziert werden.

Ich erlaube mir, euch aber auch nochmal vor Augen zu führen, dass in Sachen Energiepolitik in den letzten Jahren auf regionaler Ebene – ja liebe CSP, vor allem auf Wallonischer Ebene, wo eure Kollegen von der CDH, zu denen ihr ja auch so einen guten Draht habt, seit sehr vielen Jahren in der Mehrheit sitzen – in der Förderung von alternativen Energie so einiges verschlafen wurde. Schlimmer noch, man will nun sogar den Bürger, der bereits in Sachen Fotovoltaik hinteres Licht geführt worden ist, darauf besteuern.

Wir können nicht auf Dauer verlangen, auf Nuklearenergie zu verzichten und gleichzeitig verlangen, dass die alternative Energiequellen nicht vor unserer Haustüre reingeholt werden, wie es bei den Windrädern im Walhorer Feld der Fall war.

Der Anteil von erneuerbaren Energien steigt zwar stetig an, aber auch der Anteil der importierten Energie liegt mittlerweile bereits bei über 22% des Verbrauches in Belgien.

Wie Sie aber erkennen können, reicht dieser Prozentsatz der importierten Energie nicht einmal aus, um den Strom für den Privatgebrauch zu garantieren.

Die prioritäre Aufrechterhaltung der Stromversorgung für die Industrie/Wirtschaft beeinflusst in direkter Weise unser Bruttoinlandsprodukt.

Ein Blackout wie er noch im Winter 2014/2015 in Betracht gezogen wurde, würde der belgischen Wirtschaft pro Stunde Stromausfall 150 Millionen € an Verlusten bringen.

Fakt ist also, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Belgien nach heutigem Stand, noch nicht alleine durch alternative Energie rundlaufen kann und wir leider noch von solchen Energiequellen abhängig sind.

ENERGIE, in diesem Falle STROM muss aber auch bezahlbar bleiben – für jedermann.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Energie – und dies zu jeder Tageszeit.

Abschließend möchte ich alle Verantwortungsträger um einen **sachlichen, kohärenten und informativen Austausch** in diesem für unsere Bevölkerung so wichtigen Thema bitten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit,